



Donnerstag, 22. Juli 2021, 16:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Das Mutterschiff

Obwohl die USA nach außen hin die stärkste westliche Nation sind, stehen sie noch immer unter britischem Einfluss.

von Manovas Weltredaktion
Foto: klenger/Shutterstock.com

Kann es sein, dass „der Schwanz mit dem Hund wackelt“, dass also eine größere Nation von einer kleineren dominiert wird? Im Schatten der verhaltensauffälligen US-Amerikaner entfaltet sich der

Einfluss des britischen Empires – vielfach unbemerkt – noch immer in der Welt. Amerika ist der derzeit stärkste Exponent, jedoch nicht der Ursprung des Problems. Über Techniken der Soft Power – der weichen Macht, die nicht mit Gewalt, sondern durch Beeinflussung und Vernetzung wirkt – konnte Großbritannien seine Weltmacht auch nach dem offiziellen Ende der Kolonialisierungspolitik aufrecht erhalten. Die USA agieren dabei vielfach als verlängerter Arm und brachialer Exekutor britischer Pläne. Geschickterweise hält sich das kleinere Land dabei vornehm im Hintergrund, sodass die Zusammenhänge nicht vor aller Augen offensichtlich sind.

von Richard Poe

Am 13. April 1919 eröffnete eine fünfzig Mann starke Untereinheit britischer Soldaten das Feuer auf Demonstranten in Amritsar in Indien und tötete Hunderte. Die Soldaten waren Inder in britischen Uniformen. Ihr Kommandant war ein Engländer. Als Colonel Reginald Dyer den Befehl gab, schossen fünfzig Inder ohne zu zögern auf ihre eigenen Landsleute und hörten zehn Minuten nicht auf zu schießen. Das nennt man Soft Power. Das britische Empire beruhte darauf.

Soft Power ist die Fähigkeit, andere zu verführen und dazu zu bringen, den eigenen Wünschen gemäß zu handeln. Manch einer würde es Gedankenkontrolle nennen.

Durch den Gebrauch von Soft Power kann ein kleines Land wie England größere, bevölkerungsreichere Länder beherrschen. Sogar die mächtigen USA unterliegen noch immer dem britischen Einfluss in einer Weise, die die meisten Amerikaner nicht verstehen.

Seit mehr als einhundert Jahren sind wir Amerikaner gnadenlos die Straße in Richtung Globalismus hinabgestoßen worden, entgegen unseren eigenen Interessen und gegen unsere natürliche Neigung. Das Drängen in Richtung Globalismus kommt hauptsächlich von britischen Front Groups, die sich als amerikanische Thinktanks tarnen. Herausragend unter ihnen ist der Council on Foreign Relations (CFR).

Ursprung des CFR

Der CFR entwickelte sich aus der britischen Round-Table-Bewegung. In meinem letzten Artikel „[How the British Invented Globalism](https://www.lewrockwell.com/2021/04/richard-poe/how-the-british-invented-globalism/)“ habe ich erklärt, wie britische Führer im 19. Jahrhundert begannen, Pläne für eine globale Regierung zu formulieren.

Mit finanzieller Unterstützung durch den Rhodes Trust wurde 1909 eine geheime Gruppe namens Round Table gebildet. Sie gründete Niederlassungen in englischsprachigen Ländern einschließlich den USA, um Propaganda für eine weltweite Föderation in einem einzigen Superstaat vereinter englischsprachiger Völker zu betreiben.

Das langfristige Ziel des Round Table – wie Cecil Rhodes 1877 in seinem Testament deutlich machte – bestand darin, durch britische Hegemonie Weltfrieden zu erwirken. In diesem Prozess strebte Rhodes auch die (ich zitiere) „endgültige Wiederherstellung der

Vereinigten Staaten als integraler Teil des British Empire“ an.

Die Dominions

Es zeigte sich, dass Großbritanniens englischsprachige Kolonien kein Teil von Rhodes' Föderation sein wollten. Sie wollten Unabhängigkeit. Daher schlugen die Mitglieder des Round Table einen Kompromiss vor. Sie offerierten stattdessen den Status eines Dominions beziehungsweise einer Teilunabhängigkeit. Kanada diente als Modell. Es erlangte 1867 den Status eines Dominions. Das bedeutete, dass Kanada seine inneren Angelegenheiten selbst bestimmte, während Großbritannien seine Außenpolitik bestimmte. Kanadier blieben Untertanen der Krone.

Die Briten boten nun anderen englischsprachigen Ländern denselben Handel an. Man rechnete mit einem Krieg mit Deutschland; der Round Table musste also schnell arbeiten. Großbritannien musste die Dominions mit Selbstverwaltung beschwichtigen, damit sie im bevorstehenden Krieg Truppenkontingente stellen würden. Australien wurde 1901 ein Dominion, Neuseeland 1907 und Südafrika 1910.

Den Vereinigten Staaten den Hof machen

Die Vereinigten Staaten stellten eine besondere Herausforderung dar. Wir hatten die Unabhängigkeit seit 1776. Mehr noch: Unsere Beziehungen zu Großbritannien waren stürmisch gewesen, gezeichnet durch eine blutige Revolution, den Krieg von 1812, Grenzstreitigkeiten mit Kanada und britische Einmischung in unseren Bürgerkrieg.

Ab den 1890er-Jahren führten die Briten unter dem Slogan „Die große Wiederannäherung“ einen PR-Blitzkrieg, in dem sie eine anglo-amerikanische Einheit propagierten. Der gebürtige Schotte und Stahlmagnat Andrew Carnegie forderte 1893 öffentlich eine „britisch-amerikanische Union“. Er befürwortete eine Rückkehr Amerikas zum britischen Empire. Der britische Journalist W.T. Stead plädierte 1901 für „englischsprachige Vereinigte Staaten der Welt“.

Eine „kanadische“ Lösung für Amerika

Vom britischen Standpunkt aus gesehen war die große Wiederannäherung ein Reinform. Als Großbritannien Deutschland 1914 den Krieg erklärte, strömten Truppenkontingente aus allen Ecken des Empire herbei. Nicht jedoch aus Amerika. Die Vereinigten Staaten entsendeten erst im April 1917 Truppen – nach zweieinhalb Jahren zäher Lobbyarbeit von britischer Seite.

Für die Briten war diese Verzögerung nicht zu tolerieren. Sie bewies, dass den Amerikanern bei wichtigen Entscheidungen nicht zu trauen war. Der Round Table strebte nach einer „kanadischen“ Lösung – also danach, die USA in ein Arrangement nach Art eines Dominions zu manipulieren, mit britischer Kontrolle über die Außenpolitik. Dies musste leise und im Hintergrund geschehen.

Während der Friedensverhandlungen 1919 in Paris arbeiteten Agenten des Round Table mit handverlesenen Anglophilien aus den USA – viele von ihnen Mitglieder des Round Table –, um formale Mechanismen zur Koordination der US-amerikanischen und der britischen Außenpolitik zu ersinnen.

Der Kontrollmechanismus

Am 30. Mai 1919 wurde das Anglo-American Institute of International Affairs (AAIIA) mit Dependancen in New York und London gegründet. Zum ersten Mal war damit eine formale Struktur etabliert, um die Politik der USA und des Vereinigten Königreichs auf höchster Ebene zu harmonisieren.

Das Timing allerdings war schlecht. Antibritische Ressentiments breiteten sich in Amerika aus. Viele warfen England vor, uns in den Krieg hineingezogen zu haben. Zur selben Zeit denunzierten britische Globalisten die Amerikaner wegen ihrer fehlenden Unterstützung des Völkerbunds als Drückeberger.

Angesichts der zeitweilig in Verruf geratenen anglo-amerikanischen Einheit beschlossen die Vertreter des Round Table 1920, den New Yorker und den Londoner Zweig zum Schein zu trennen.

Infolge der Separation wurde der Londoner Zweig in British Institute of International Affairs (BIIA) umbenannt. 1926 erhielt das BIIA eine königliche Lizenz und wurde zum Royal Institute of International Affairs (RIIA), gemeinhin bekannt als Chatham House. Unterdessen wurde der New Yorker Zweig 1921 zum Council on Foreign Relations. Nach der Trennung von Chatham House setzte der CFR seine enge Zusammenarbeit mit seinem britischen Pendant unter den „Chatham House Rules“, einem strikten Geheimhaltungscode, fort.

Die CFR-Agenda

Der CFR erklärt auf seiner Website, „keine institutionelle Position in politischen Fragen (einzunehmen)“. Doch das ist nicht wahr. „Der Fußabdruck des Internationalismus“ zeichnet sich auf allen Publikationen des CFR deutlich ab, stellt der britische Politikwissenschaftler Inderjeet Parmar in seinem Buch „Think

Tanks and Power in Foreign Policy“ 2004 fest. Ebenso offenkundig ist in den Schriften des CFR eine dezidierte Feindseligkeit gegenüber dem, was der Council „Isolationismus“ nennt. Parmar folgert, dass der CFR zwei Agenden verfolgt:

- 1 anglo-amerikanische Einheit
- 2 Globalismus

Dies sind dieselben Ziele, die auch in Rhodes‘ Testament niedergelegt sind, welcher eine anglo-amerikanische Union forderte, mächtig genug, „hernach Kriege (zu) verunmöglichen (...)“.

„Das Mutterschiff“

Unter dem Schutzschirm der „Chatham House Rules“ operierte der CFR lange im Schatten; seine bloße Existenz war den meisten Amerikanern unbekannt. Nichtsdestotrotz sind im Laufe der Jahre Gerüchte von seiner Macht durchgesickert.

„Wenige prominente Institutionen in der amerikanischen Gesellschaft sind so durchgängig an den Pranger gestellt worden wie der Council on Foreign Relations“, schrieb der Historiker Robert J. McMahon 1985. „Bei rechten Verschwörungstheoretikern wie auch bei radikalen linken Kritikern hat die in New York ansässige Organisation oft Ängste vor einer winzigen Elite heraufbeschworen, die mit üblen Absichten die Fäden der amerikanischen Außenpolitik zieht.“

Tatsächlich handelt es sich bei der effektiven Kontrolle, die der CFR über die US-Außenpolitik ausübt, nicht um eine Verschwörungstheorie, sondern eher um eine wohlbekannte Tatsache unter den Insidern in Washington, die dem CFR den Spitznamen „wirkliches Außenministerium“ verliehen haben.

2009 gab die Außenministerin Hillary Clinton zu, Anweisungen des CFR entgegenzunehmen, und bezog sich auf das New Yorker Hauptquartier als „das Mutterschiff“.

Clinton sagte vor dem neu eröffneten Büro des Council in Washington: „Ich glaube, ich war oft beim Mutterschiff in New York City, aber es ist gut, einen Außenposten des Council direkt hier vom Außenministerium gesehen die Straße runter zu haben. Wir erhalten eine Menge Ratschläge vom Council, ich habe also nicht so weit, um mir sagen zu lassen, was wir tun und wie wir über die Zukunft denken sollten.“

Der CFR gegen Trump

Kandidat Trump teilte Hillarys Enthusiasmus für britischen „Rat“ nicht. Im Gegenteil standen Trumps Entscheidungen im ausdrücklichen Widerspruch zu britischen Positionen zum Klimawandel, offenen Grenzen, manipulierten Handelsabkommen und endlosen Kriegen. Trumps „America First“-Politik verkörperte, was der CFR Isolationismus nennt.

Das war alles zu viel für die Briten und ihre US-Kollaborateure. Der Anti-Trump-„Widerstand“ war geboren. Am 16. Juni 2015 verkündete Trump, er werde für die Präsidentschaft kandidieren.

Ende 2015 entdeckte die britische Abhörbehörde Government Communications Headquarters (GCHQ) Berichten zufolge „Interaktionen“ zwischen Trumps Kampagne und dem russischen Geheimdienst. GCHQ spielte dieses „Material“ im Sommer 2016 dem damaligen CIA-Chef John Brennan zu.

Am 13. April 2017 verkündete eine Überschrift in der britischen Zeitung *The Guardian* stolz: „Britische Spione waren die ersten, die

die Verbindung von Trumps Team zu Russland bemerkten“.

Der Artikel erklärte, dass „US-amerikanische und britische Geheimdienstquellen bestätigen, dass das GCHQ eine frühe, prominente Rolle dabei gespielt haben, die FBI-Untersuchung zu Trump und Russland in Gang zu setzen (...). Eine Quelle bezeichnete die britische Abhörbehörde als den ‚Haupt-Whistleblower‘“.

So bildeten britische Geheimdienstinformationen mehr als ein Jahr, bevor Trump gewählt war, die Grundlage für die Mueller-Untersuchung und das „Russiagate“-Amtsenthebungsverfahren.

Forderungen nach militärischer Meuterei

Nur zehn Tage, nachdem Trump 2017 seine Amtsgeschäfte aufgenommen hatte, forderte das *Foreign Policy*-Magazin einen „Militärputsch“ gegen den neuen Präsidenten.

Der Artikel vom 20. Januar 2017 trug den Titel „3 Ways to Get Rid of President Trump Before 2020“ (Drei Möglichkeiten, Präsident Trump vor 2020 loszuwerden). Darin forderte die Rechtsprofessorin Rosa Brooks Trumps Amtsenthebung oder seine Entfernung auf Basis des 25. Amendments.

Als letzten Ausweg könne man, so Brooks, zu einer Methode greifen, „die ich bis vor Kurzem in den Vereinigten Staaten von Amerika für undenkbar gehalten hätte: ein Militärputsch (...).“

Foreign Policy ist im Familienbesitz der Grahams, deren Matriarchin Katharine Graham half, Nixon zu Fall zu bringen, als sie Herausgeberin der *Washington Post* war. Die Grahams sind vollendete Washingtoner Insider. Sie hätten niemals einen

Militärputsch gefordert, ohne vorher grünes Licht vom „Mutterschiff“ erhalten zu haben.

Amerika destabilisieren

Beweise für die Komplizenschaft des CFR lieferte der November 2017, als das *Foreign Affairs*-Magazin sich *Foreign Policy* anschloss und „hochrangige militärische Führer“ drängte, sich Trumps „Befehlen (zu) widersetzen“ und ihn auf Grundlage des 25. Verfassungszusatzes zu entfernen. *Foreign Affairs* ist das offizielle Journal des Council on Foreign Relations.

Während Trumps gesamter Präsidentschaft beschuldigte ihn *Foreign Affairs* immer wieder mentaler Instabilität und drängte „militärische Führer“ und „Ministerialbeamte“ immer wieder, sich bereitzuhalten, ihn zu vertreiben.

Als vom „Mutterschiff“ stammend kam diesen Aufwiegelungen ein ungewöhnlich hohes Maß an Autorität zu. Sie heizten die Washingtoner Rhetorik bis zur Weißglut auf, schüttelten die Nation durch und etablierten Aufstand und Staatsstreich als „neue Normalität“ in der US-Politik.

Angesichts des unleugbaren britischen Stammbaums des CFR wirft die überhitzte Rhetorik des *Foreign Affairs*-Magazins Fragen hinsichtlich der britischen Motive auf.

Whitehall sah Trump schlicht und einfach als existenzielle Bedrohung. Aber warum? Warum betrachtete man Trumps Spitzfindigkeiten in der Handelspolitik als derart bedrohlich für britische Interessen, dass dies militärische Meuterei rechtfertigte?

Die amerikanische Bedrohung neutralisieren

Ich glaube, dass sich die Antwort in den Originalaufzeichnungen der Rhodes-Gruppe findet.

In seinem Buch „The Americanization of the World“ von 1901 argumentierte der britische Journalist W.T. Stead – ein enger Mitarbeiter von Rhodes –, dass man nur zwischen zwei Möglichkeiten wählen könne. Großbritannien muss mit Amerika verschmelzen oder von ihm ersetzt werden.

Die Entscheidung war leicht. Die Verschmelzung mit den USA könnte Großbritanniens Position in der Welt erhalten. Jeder Versuch hingegen, mit den USA zu konkurrieren, konnte nur in einer Niederlage enden.

In den 1890er-Jahren wussten britische Führer bereits, dass die Sicherung ihres Imperiums zu kostspielig geworden war. Es ersparte einiges Geld, den Dominions Selbstverwaltung zuzugestehen und sie so die Verantwortung für ihre Verteidigung übernehmen zu lassen. Aber die Militärausgaben waren immer noch zu hoch.

1906 klagte der britische Bankier Lord Avebury, dass die USA auf Großbritanniens Kosten reich würden. Während die USA von der Pax Britannica profitierten, gab Großbritannien 60 Prozent mehr für sein Militär aus als Amerika, um die Welt für die Geschäfte sicher zu erhalten.

Heute ist die Situation – dies ist dem CFR zu verdanken – zu Großbritanniens Vorteil eine umgekehrte. Nun sichert Amerika die Welt, während britische Investoren infolge der Pax Americana reich werden. Die britischen Militärausgaben stellen nun nur einen

Bruchteil der unseren dar. Angesichts dieser Tatsachen wird leichter verständlich, dass die Briten nicht wollen, dass Trump den Apfelkarren umkippt.

Die neuen Imperialisten

Die britischen Eliten waren nicht glücklich damit, die Kosten des Imperiums auf Amerika zu übertragen. Sie wollten auch die Kontrolle über die imperiale Politik behalten – wasch mich, aber mach mich nicht nass! Mithilfe des CFR sind sie der Erreichung dieses Ziels sehr nahegekommen.

Die Bewegung der „neuen Imperialisten“ in Großbritannien ist bestrebt, den globalen Einfluss des Vereinigten Königreichs auf dem Rücken des US-Militärs wiederaufzubauen. Der britische Historiker Andrew Roberts verkündete diese neue Bewegung am 8. Januar 2005 in der *Daily Mail*.

Die Überschrift fasst ihre Philosophie sauber zusammen: „Afrika rekolonisieren.“ Mit dem Argument, „Afrika (habe) niemals eine bessere Zeit durchlebt als unter britischer Vorherrschaft“, forderte Roberts unverblümt eine „Rekolonisation“. Er behauptete, dass führende britische Staatsmänner „im Privaten“ diese Politik unterstützten, dies aber „öffentlich niemals bestätigen würden (...)“.

Roberts prahlte, die meisten afrikanischen Diktaturen würden schon beim „bloßen Erscheinen eines Flugzeugträgers eines englischsprachigen Landes am Horizont (...)“ zusammenbrechen. Er sagte nicht, von welchem englischsprachigen Land man erwarte, Flugzeugträger für solche Abenteuer zur Verfügung zu stellen, aber Sie dürfen dreimal raten.

Amerikas unvollendete Revolution

Es sind mehr als hundert Jahre vergangen, seit W.T. Stead mahnte, Großbritannien müsse mit Amerika verschmelzen oder von ihm verdrängt werden. Wenig hat sich seither verändert.

Britische Eliten stehen immer noch vor derselben Wahl. Sie können keine Welt unter amerikanischer Führung akzeptieren, folglich müssen sie Mittel und Wege finden, uns zu kontrollieren.

Wir unsererseits müssen ihre Kontrolle nicht hinnehmen. Die Herausforderung unserer Generation besteht darin, den Bannfluch britischer Soft Power zu brechen. Lassen Sie uns die Arbeit unserer unvollendeten Revolution zum Abschluss bringen.

Die neuen Imperialisten treiben CANZUK voran

Sechzehn Jahre nachdem sie den neuen Imperialismus verkündet haben, drängen Andrew Roberts und seine Imperialistenfreunde weiterhin auf eine Realisierung von Rhodes' Traum einer englischsprachigen Union.

In einem Gegenkommentar im *Wall Street Journal* vom 8. August 2020 warb Roberts für den sogenannten CANZUK-Vertrag, der darauf zielt, Kanada, Australien, Neuseeland und Großbritannien in einem globalen Superstaat zu vereinigen, „fähig, Schulter an Schulter mit den USA zu stehen“ gegen „einzunehmend revanchistisches China“.

Wie stets schmiedet Roberts Pläne für uns. Wie stets beinhalten seine Pläne, uns in Kriege zu führen.

Britische Eliten werden uns niemals verstehen

In seinem Buch „A History of the English-Speaking Peoples Since 1900“ von 2006 legt Roberts beiläufig nahe, dass Amerika unter einer Monarchie möglicherweise besser dran wäre.

Eine monarchische Regierung hätte uns, so argumentiert er, das Trauma Watergate erspart. Ein Monarch wäre eingeschritten und hätte Nixon gefeuert, ganz so, wie Königin Elizabeth II. 1975 den australischen Premierminister Gough Whitlam gefeuert hat. Ein demokratischer Prozess ist nicht nötig.

Roberts vergisst zu erwägen, wie ein solcher königlicher Eingriff mit der „schweigenden Mehrheit“ derer, die Nixon gewählt hatten und unterstützten, verfahren wäre.

MAGA versus MABA

Es läuft darauf hinaus, dass Trump bemüht war, Amerika durch die Wiederherstellung unserer Unabhängigkeit und Autarkie wieder groß zu machen (Make America Great Again – MAGA). Der CFR ist bestrebt, Amerika wieder britisch zu machen (Make America British Again – MABA).

So einfach ist das.

Wenn uns die Trump-Jahre irgendetwas gelehrt haben, dann dass MAGA und MABA sich nicht vertragen. In dem Moment, in dem wir einen Präsidenten bekommen, der für die amerikanische Souveränität aufsteht, werden die Briten verrückt und bringen unser Land an den Rand eines Bürgerkriegs. Es ist klar, dass wir

nicht zugleich „groß“ und „britisch“ sein können.

Wir müssen uns für eins von beidem entscheiden.

Richard Poe ist ein preisgekrönter Journalist und Bestsellerautor. Er war unter anderem Reporter für die *New York Post* und geschäftsführender Herausgeber des *East Village Eye*. Er lebt in New York.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien am 6. Mai 2021 unter dem Titel „**How the British sold Globalism to America** (<https://www.lewrockwell.com/2021/05/richard-poe/how-the-british-sold-globalism-to-america/>)“. Er wurde von Thorsten Schewe aus dem ehrenamtlichen **Rubikon-Übersetzerteam** (<https://www.rubikon.news/kontakt>) übersetzt und vom ehrenamtlichen **Rubikon-Korrektoratteam** (<https://www.rubikon.news/kontakt>) lektoriert.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht

Manovas Weltredaktion regelmäßig Stimmen aus aller Welt. Wie denken kritische Zeitgenossen in anderen Ländern und Kulturkreisen über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>))** lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.